

Kreis Düren

Stand der Informationen: 01.10.2021

Parteienspektrum

Der NPD-Kreisverband Düren gehörte bis Oktober 2010 zu den aktivsten und stärksten Kreisverbänden in NRW. Nach einem Streit zwischen dem Kreisverband und der NPD-Landesführung verhängte der Landesvorstand den „organisatorischen Notstand“ über die NPD Düren und leitete Parteiausschlussverfahren gegen den Kreisvorsitzenden und dessen Stellvertreter ein. Auslöser für den Disput war der Umstand, dass die NPDler aus dem Raum Düren den Landesverband auf einen offen nationalsozialistischen Kurs bringen wollten.

Im März 2011 teilte der NPD-Landesverband mit, dass im Rahmen der Parteiausschlussverfahren „Ordnungsmaßnahmen“ gegen drei Personen verhängt worden seien, im Herbst 2011 hieß es, die drei Führungskader seien nun ganz aus der NPD ausgeschlossen worden. Bis Ende 2011 wollen sich dann fast alle Mitglieder des NPD-Kreisverbandes Düren entschlossen haben, die NPD zu verlassen. Aktivitäten der NPD kamen nahezu völlig zum Erliegen, zuweilen traten im Internet oder in den Sozialen Netzwerken jedoch noch einzelne Nutzer unter dem Label der NPD Düren auf, entfalteten jedoch lediglich virtuellen Aktivismus ohne lokalpolitischen Zusammenhang.

Der Dürener NPD-Verband unter dem als integrativ geltenden (Ex-)Vorsitzenden Ingo Haller aus Niederzier zeigte sich seit seiner Gründung Anfang des Jahres 2006 aktionsorientiert und vor allem offen für die Zusammenarbeit mit der „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) und anderen Gruppierungen der regionalen „Freien Kameradschaften“. Umliegende NPD-Ortsgruppen waren auf organisatorischer Ebene vom Dürener Kreisverband abhängig. An einer Kampagne gegen „Ausländerkriminalität“ in Stolberg war die NPD Düren ebenfalls maßgeblich beteiligt, obwohl Stolberg formal dem NPD-Kreisverband Aachen angehört.

Auch führte die NPD bis 2010 regelmäßige Infostände, Schulungsabende und Veranstaltungen durch, die an wechselnden Orten teilweise sogar wöchentlich abgehalten wurden. Im Januar 2010 ließ die NPD verlautbaren, man wolle eine Gaststätte im Dürener Stadtteil Merken kaufen. Die Vermutung liegt jedoch nahe, dass es sich hierbei um eine Zusammenarbeit zwischen dem Besitzer der Gaststätte und der NPD handelte, mit dem Ziel, den Kaufpreis in die Höhe zu treiben. Dieses Vorgehen ließ sich bereits in anderen Städten beobachten.

Sowohl im Kreistag als auch im Dürener Stadtrat konnte die NPD bei der Kommunalwahlen 2009 ein Mandat erlangen. Bei beiden Wahlen erzielte die NPD Düren das jeweils höchste NPD-Ergebnis im

Regierungsbezirk Köln, bei der Wahl zum Landrat gelang Haller sogar ein Ergebnis von 3,2 Prozent. Durch den Parteiausschluss von Haller und dem Dürener Ratsmann René R. verlor die NPD die Sitze. R. will Ende 2011 bzw. Anfang 2012 mit der rechtsextremen Szene gebrochen haben. Später schloss R. sich der Wählerinitiative „Bürger für Düren“ (BfD) an und bekleidete dort als Schriftführer einen Vorstandsposten. Im Jahre 2014 trat die NPD nicht mehr zu den Kommunalwahlen an, R. selbst kandidierte nicht für die BfD.

Hallers NPD im Kreis Düren verfügte über gute Kontakte zu extrem rechten Russlanddeutschen, die vor allem unter den Namen „Russlanddeutsche Konservative“ oder „Schutzgemeinschaft Deutsche Heimat der Deutschen aus Russland“ auftreten. Der Vorsitzende der „Schutzgemeinschaft“, Johann Thießen, lebt in Hürtgenwald und gehörte zeitweise dem „Arbeitskreis Russlanddeutscher in der NPD“ an. Thießen und weitere Mitglieder der „Russlanddeutschen Konservativen“ aus ganz NRW waren 2012 in die rechte Splitterpartei „Bund für Gesamtdeutschland“ (BGD) eingetreten.

Bei einem Treffen des BGD in Bad Godesberg wurde Johann Thießen im März 2012 zum NRW-Landesvorsitzenden des BGD gewählt. Thießen gehörte auch dem Vorstand des BGD-Kreisverbandes Düren an. Durch eigene Aktionen fiel der BGD im Kreis Düren jedoch nicht auf, die „Russlanddeutschen Konservativen“ hielten jedoch sporadisch Treffen in der Region ab, bei denen auch bekannte Holocaust-Leugner referierten. Später wollen die „Russlanddeutschen Konservativen“ und Thießen den BGD wieder verlassen und im Mai 2013 die Minipartei „Arminius-Bund des deutschen Volkes“ gegründet haben.

Der „Arminius-Bund“ trat 2014 zur Kommunalwahl in 7 von 27 Bezirken im Kreis Düren bei der Wahl zum Kreistag an. Die Reserveliste der Minipartei war dabei 13 Personen stark. 169 Menschen stimmten am 25. Mai 2014 für die Minipartei, das waren 0,16 Prozent der Stimmen. Im „Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2016“ wurde erstmals ausführlich diese Splitterpartei erwähnt. Sie stehe „in der ideologischen Tradition des Nationalsozialismus“ und der NSDAP und habe in ihrem Parteiprogramm das „25-Punkte-Programm“ der NSDAP „nicht nur inhaltlich, sondern zum Teil sogar wortwörtlich [übernommen], was auf die ideologische Radikalität der Organisation schließen lässt.“

Unterdessen scheint der „Arminius-Bund“ inaktiv. Laut Landesregierung sind die extrem rechten Spätaussiedler um Thießen aber weiter aktiv. Man pflegt laut Landesregierung vielfältige Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Organisationen, zudem gibt man seit vielen Jahren die Zeitschrift „Die Russlanddeutschen Konservativen“ heraus. Diese veranstaltete 2018 und 2019 Lesertreffen im Oberbergischen Kreis mit unterschiedlichen Vertretern des rechtsextremen, geschichtsrevisionistischen und den Holocaust bestreitenden Spektrums. Thießen selbst trat wiederholt auch als Redner bei Versammlungen und „Gedenk“-Veranstaltungen in Erscheinung.

Neben den Aktivitäten der NPD waren lange kaum Aktivitäten anderer extrem rechter Parteien zu verzeichnen. Die DVU Erftkreis/Düren rief anlässlich der Kommunalwahlen 2009 dazu auf, für die NPD zu stimmen. Auch Pro NRW verfügte im Kreis Düren nie über Strukturen. DVU und Pro NRW existieren heute nicht mehr.

Mitte 2016 gehörte über Wochen ein Mann dem AfD-Kreisvorstand in Düren an, der im Jahre 2009 bei der Kommunalwahl noch als Kandidat für die NPD angetreten war. Nachdem dies im September öffentlich geworden war, trat der Ex-NPD-Kandidat von allen Ämtern in der AfD zurück. Laut einem Bericht in der Lokalpresse im November 2016 blieb er indes weiterhin aktiv und sollte zwischenzeitlich auch neue Interessenten gewonnen haben, die offenbar eine Nähe zur rechten Szene haben könnten. Die AfD prüfte daraufhin eigenen Angaben zufolge, inwiefern das zutrifft und ob diese Personen Mitglieder werden konnten. AfD-Kreissprecher Bernd Essler nannte den Ex-NPD-Kandidaten in der Lokalpresse ein tadelloses Mitglied. Dass er vor Jahren die Nähe zur NPD gesucht habe, erklärte Essler mit dem Fehlen einer Alternative zu den übrigen Parteien. „Diese Alternative hat er mit der AfD jetzt gefunden.“ Essler betonte zudem Anfang Dezember 2016 erneut gegenüber der Lokalpresse: „Er ist bei uns lediglich ein normales Mitglied. Eine Tätigkeit darüber hinaus hat er nicht.“

Einzelmitglieder der AfD aus dem Kreis Düren sind unterdessen dadurch aufgefallen, dass sie sporadisch an rechtsradikalen bis rechtsextremen Versammlungen teilgenommen haben. Eine AfD-Frau aus Düren bietet dabei regelmäßig via Internet einen Livestream von solchen Versammlungen und Aufmärschen sowie Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen über verschiedene Video-Plattformen an. Die Frau kommentiert dabei oft das Geschehen aus dem Off ähnlich einer Reporterin und sagte bei einem rechtsextremen Aufmarsch in Mönchengladbach im März 2018, als eine benachbarte Kirchengemeinde die Glocken aus Protest gegen die Versammlung läuten ließen, die Kirchen könnten „ihr Schandmaul nicht halten“.

Eine weitere AfD-Vertreterin aus Düren – nach eigenen Angaben „Mutter, Pädagogin und Psychotherapeutin“ – hat sporadisch Artikel gegen „Schulzwang“ und gegen Feminismus für das neurechte, identitär-nahe Jugendmagazin „Arcadi“ aus Leverkusen geschrieben. Ein AfD-Mann aus dem Kreis Düren hingegen hat im August 2018 via Facebook ein Video aus dem rechtsextremen und verschwörungsideologischen Spektrum verbreitet, dem zufolge Bundeskanzlerin Merkel eine Jüdin (polnischer Abstammung) sowie eine Feindin Deutschlands sei. Im Dezember 2018 verbreitete der AfD-Mann „Reichsbürger“-Inhalte. Ein AfD-Vertreter aus dem Kreisgebiet, der u.a. auch schon für Bundestagsabgeordnete gearbeitet hat, trat im März 2020 auf einem Treffen vom Ultrarechten der AfD und Rechtsradikalen im hessischen Obertshausen als einer der Redner auf.

Ein früherer Funktionär der CDU-Jugend Junge Union gehört dem Vorstand des Ende Januar 2021 neu gegründeten AfD-Stadtverbandes Düren an und steht seit der Gründung im Herbst 2021 auch der „Jungen Alternative Düren“ vor. Zwischenzeitlich studierte der junge Mann in Wien und bewegte sich dort im Umfeld „identitärer“ und neurechter Kreise bzw. ebenso politisch einzustufender Burschenschaften. In Düren trat er 2020 im Kommunalwahlkampf erstmals an einem Infostand der AfD in Erscheinung. Anfang 2021 fiel zudem auf, dass Texte auf der Homepage des Kreisverbandes und den Auftritten in den sozialen Medien sich teils veränderten. Sie entsprachen nun politisch und vom Duktus her öfter Inhalten aus islam- und zugewanderungsfeindlichen sowie neurechten, also rechtsextrem-intellektuellen Kreisen. Zudem lebt der Geschäftsführer des nordrhein-westfälischen AfD-Landesverbandes, Klaus Esser, im Kreis Düren. Esser fungiert auch als Fraktionsvorsitzender im Kreistag.

Seit 2013 ist ein Kreisverband Aachen und Heinsberg der Splitterpartei Die Rechte (DR) aktiv. Diesem Regionalverband gehören auch Mitglieder aus Düren an; gegründet wurde der Kreisverband bei einem Neonazi-Treffen in Nörvenich am 2. Februar 2013. Zum Jahreswechsel 2019/2020 hin wurde der ehemalige „Kameradschaftsführer“ der verbotenen „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL), René Laube, als presserechtlich Verantwortlicher auf der Homepage des DR-Kreisverbandes Aachen und Heinsberg angegeben. Nach einem Hack der Seite Mitte 2020 ist diese offline. Laube fungiert seit Frühjahr 2021 als stellvertretender Landesvorsitzender des NRW-Verbandes der DR und soll bei der Landtagswahl 2022 als DR-Spitzenkandidat auftreten.

Laut dem NRW-Innenministerium ist die Splitterpartei ein „Auffangbecken für Mitglieder der verbotenen Kameradschaften“ in NRW. In diesem Sinne organisierte der Aachener DR-Kreisverband im Oktober 2013 auch einen konspirativ vorbereiteten „Balladenabend im Aachener Land“ (sic!) in Kerpen-Manheim. Daran sollen rund 40 bis 50 Besucher/innen teilgenommen haben. Aufgetreten ist dort als brauner Liedermacher der ehemalige Sänger der als kriminelle Vereinigung geltenden Band „Landser“, Michael Regener, alias „Lunikoff“. Im Zuge ihres Europawahlkampfes 2019 hielt die DR am 20. Mai 2019 eine kleine Kundgebung in der Dürener Innenstadt ab.

Bislang letzter Re-Organisations-Coup aus Kreisen alter KAL-Leute und jetziger DR-Kader: Mitte 2014 verkündete man, dass eine der örtlichen DR untergeordnete Freizeit-, Schulungs- und Freundesgruppe namens „Syndikat 52“ gegründet worden sei – namentlich eine Kombination aus den Anfangsziffern der Postleitzahl für den Raum Aachen und einer Art von Verbrechersyndikat, immerhin waren KAL-Mitglieder in den Jahren vor dem Verbot wegen zahlreicher Straftaten aufgefallen.

„Syndikat 52“ verbreitete sogar, man habe eine Immobilie erwerben oder mieten wollen, um eine Art nationalistischen Frei(zeit)raum für eigene Aktivitäten aufzubauen. Bisherige „Syndikat 52“-Aktivitäten deckten sich teilweise mit alten KAL-Angeboten: Computerschulung, das Organisieren von Konzerten, Flyeraktionen, Weihnachtsfeiern, gemeinsames Grillen und sportive Aktivitäten, etwa größere Rafting-Touren der Neonazis. „Syndikat 52“ und der DR-Kreisverband Aachen-Heinsberg hielten am 22. Februar 2015, am 4. Februar 2017 sowie jeweils Anfang Februar 2019 und 2020 zudem „Heldengedenken“ in der Tradition der KAL auf dem Soldatenfriedhof „Marienbildchen“ in Langerwehe-Merode ab. Am Osterwochenende 2018 fand ein von S52 und DR konspirativ organisiertes größeres „Heldengedenken“ mit Fackelmarsch auf dem Soldatenfriedhof Vossenack statt. Eine schon zuvor mehrfach zerstörte bzw. gestohlene Infotafel, auf der die Rolle des Wehrmacht-Generalfeldmarschalls Walter Model kritisch beleuchtet wird, wurde an besagtem Wochenende erneut beschädigt.

Bei der Landtagswahl 2010 konnte die NPD in Düren 1,7 Prozent der Erststimmen und 1,4 Prozent der Zweitstimmen für sich verbuchen, womit sie weit über ihrem landesweiten Ergebnis von 0,3 bzw. 0,7 Prozent lag. Trotz der Gegenaktionen der NPD erzielte Pro NRW in den beiden Dürener Wahlkreisen 0,8 und 1,0 bzw. 0,8 und 0,9 Prozent der Erst- und Zweitstimmen. Nachdem die NPD-Strukturen sich aufgelöst hatten, konnte die Partei bei der Landtagswahl 2012 in beiden Dürener Wahlkreisen insgesamt nur noch 0,7 Prozent der Zweitstimmen erlangen. Pro NRW steigerte sich demgegenüber in den beiden Wahlbezirken auf insgesamt 1,36 Prozent.

Bei der Bundestagswahl 2013 holte die NPD im Kreis Düren 1,1 Prozent der Zweitstimmen, die Partei Die Republikaner (REP) kam auf 0,1 Prozent, der bundesweite Ableger von Pro NRW, Pro Deutschland, auf 0,2 Prozent. Die Splitterpartei Die Rechte blieb mit 46 Wählern im Promillebereich. Bis auf den „Arminius-Bund“ (siehe oben) trat bei den Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 keine extrem Rechte Partei im Kreis Düren an, bei der zeitgleich stattfindenden Europawahl holten im gesamten Kreisgebiet die NPD 0,58 Prozent, Pro NRW 0,39 Prozent und die REP 0,23 Prozent der Stimmen. Bei der Landtagswahl 2017 lagen im gesamten Kreis Düren die NPD (0,43 Prozent) leicht über, REP (0,06) und Die Rechte (0,03) indes leicht unter dem Landesschnitt.

Bei der Bundestagswahl 2017 holte die NPD im Kreis Düren 0,27 Prozent und lag damit leicht über ihrem NRW-Landesdurchschnitt. DR, REP sowie die Pro-Bewegung traten zur Bundestagswahl 2017 nicht an. Bei der Europawahl 2019 kam die NPD kreisweit auf 0,2 Prozent, die neonazistischen Parteien Der III. Weg (0,02) und Die Rechte (0,05) blieben im Promillebereich. Auffallend war im Kreisgebiet jedoch bei der EU-Wahl das Ergebnis in Niederzier, wo es zuvor zu erheblichen rechtsextremen Schmierereien und Aufkleberaktionen gekommen war (s.u.): die NPD erreichte in der Gemeinde 0,43 Prozent, die DR kam auf 0,12 Prozent. Diesbezüglich stach Niederzier nicht nur im Kreis Düren, sondern auch NRW-weit negativ hervor. Bei der Bundestagswahl 2021 lag die NPD im Kreisgebiet knapp über 0,1 Prozent, in Inden (0,19%) und Aldenhoven (0,18%) schnitt die Partei am besten ab.

Die „Querdenken“-Partei „dieBasis“ gehört nicht zum rechten Spektrum. Gleichwohl gibt es bei der äußerst heterogenen Partei und der in Teilen von den Verfassungsschutzämtern beobachteten „Querdenken“-Bewegung Bezüge ins rechte Spektrum (s.u.). Während die Partei bei der Bundestagswahl 2021 im Kreisgebiet auf rund 1 Prozent der Stimmen kam, stachen die Ergebnisse in Heimbach (1,55%) und im benachbarten Nideggen (1,37%) hervor. Das könnte daran liegen, dass in diesem Bereich mehrere Verschwörungsgläubige, „Reichsbürger/innen“ und QAnon-Anhänger/innen leben bzw. aktiv sind, auch mit Bezügen zur rechtsextremen und antisemitischen Szene.

Freie Kameradschaftsszene

Auch wenn der Name der Gruppierung anderes vermuten ließ, war die „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) zeitweise sehr stark im Kreis Düren aktiv. Sowohl die beiden Gründer als auch der langjährige Kopf der Neonazi-Gruppierung hatten ihre Wohnsitze im Kreis Düren. Die im Jahr 2001 gegründete KAL war eine

der ältesten existierenden Kameradschaften in NRW und bis zu ihrem Verbot auch eine der größten und aktivsten Zusammenhänge dieser Art. Sie selbst gab indes an, offiziell erst 2002 gegründet worden zu sein, weswegen man 2012 die Zehnjahresfeier abhielt. Wegen ihrer Radikalität, ihres militanten Auftretens und ihrer zelebrierten Nähe zum Nationalsozialismus wurde die KAL durch das Ministerium für Inneres und Kommunales nach dem Vereinsgesetz verboten.

Die Polizei ging dabei am 23. August 2012 mit 48 Hausdurchsuchungen gegen 46 mutmaßliche Mitglieder der Bande vor. Die meisten der mutmaßlichen KAL-Mitglieder lebten zu diesem Zeitpunkt in Aachen und Stolberg. Zahlreiche ehemalige und bis zum Verbot aktive KAL-Mitglieder wurden bereits wegen unterschiedlicher Delikte verurteilt und verbüßten diverse Haftstrafen. Die KAL betrieb eine einigermaßen aktuelle Homepage, die auf einem Server im Ausland lag. Sie wurde 2011 wegen zahlreicher strafrechtlich relevanter und jugendgefährdender Inhalte von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BpJM) indiziert. Im Kreis Düren sowie in angrenzenden Kreisen waren über Jahre zahlreiche Aufkleber und Graffitis mit KAL-Logos zu finden. Neben diesen Formen der Propaganda versuchten Mitglieder der KAL auch gezielt, Jugendliche vor Schulen und Jugendzentren anzusprechen bzw. Flyer oder „Schulhof-CDs“ mit neonazistischen Inhalten an diese zu verteilen. Gemeinsame Aktivitäten der Mitglieder, wie beispielsweise Kameradschaftsabende, „Sportabzeichen“-Prüfungen oder der Besuch von Rechtsrock-Konzerten, dienten gleichermaßen der Anwerbung neuer Mitglieder wie der Festigung der Gruppe.

Die Struktur der Gruppe war vergleichsweise heterogen, neben „klassischen“ Neonazi-Skins und rechten Hooligans fanden sich dort auch Anhänger der sich modern gebenden „Autonomen Nationalisten“ und Jugendliche, denen äußerlich keine Zugehörigkeit zur extremen Rechten anzusehen war. Die Zusammenarbeit mit der regionalen NPD funktionierte lange sehr gut, was nicht zuletzt der langen „Doppelmitgliedschaft“ des KAL-Anführers René Laube geschuldet war. Laube bekleidete bis zum Streit mit dem NPD-Landesverband neben seinem Engagement bei der KAL seit vielen Jahren schon verschiedene Ämter regionaler NPD-Verbände: er war z.B. stellvertretender Vorsitzender in den Kreisverbänden Aachen und Düren sowie Vorsitzender des NPD-Ortsverbandes Rhein-Erft.

Durch teils umfangreiche Sprüh- und Aufkleber-Aktionen fiel im Jahr 2011 sowie erneut 2014 die Kleinstgruppe „Nationale Sozialisten Jülich“ (NSJ) auf. Der mutmaßliche Kopf der zeitweise auf bis zu zehn Personen geschätzten NSJ wurde am 23. August 2012 zum Ziel der Razzia im Rahmen des KAL-Verbotes, weil er von der Polizei auch als KAL-Mitglied eingestuft wurde. 2011 war es in der Jülicher Innenstadt aus jenem Umfeld heraus zu Provokationen und Angriffen durch Neonazis auf Migrant/innen oder Besucher/innen des linksalternativen Veranstaltungsortes „Kulturbahnhof“ (KuBa) gekommen.

Im Zuge der verstärkten Diskussion über die „Reichsbürger“-Bewegung wurde Ende 2016 bekannt, dass die Polizei zwar im Kreis Düren niemand dieser Szene zurechnet. Allerdings wiesen die Behörden in Linnich darauf hin, dass dort ein Mann sich ähnlich der „Reichsbürger“ weigere, ein Bußgeld nach einem Vergehen im Straßenverkehr zu bezahlen. Im Gerichtsbezirk Aachen – wozu der Raum Aachen, Düren und Heinsberg zählt – fielen zudem in Einzelfällen „Reichsbürger“ auf, die sich gegen Bußgeldverfahren oder Zwangsvollstreckungen wehren wollten. In einem Fall hatte ein Gericht zwei Tage Ordnungshaft gegen einen „Reichsbürger“ angeordnet, der ein Gerichtsverhandlung gestört hatte.

Mitte 2018 griffen die Lokalmedien das Thema „Reichsbürger“ wieder auf. Für den Kreis Düren sprach der Staatsschutz demnach „von deutlich unter 30 Reichsbürgern.“ Im Großraum Aachen habe man bei den aktenkundig gewordenen „Reichsbürgern“ keinerlei Überschneidungen mit der rechten Szene feststellen können. Es habe in der Region bis dahin noch keine gravierenden Vorfälle gegeben. Gleichwohl seien einige wenige „Reichsbürger“ im Grenzland als extremistisch einzustufen. Zehn Prozent aller „Reichsbürger“ in der Region gehörten laut Polizei zum harten Kern. Einige seien strafrechtlich gesehen wegen Urkundenfälschung und Bedrohung aufgefallen. Abgesehen von der geringen Zahl im Kreis Düren sei festzustellen, dass angesichts der Bevölkerungszahl und im Vergleich mit der Gesamtregion die meisten „Reichsbürger“ in den Kreisen Heinsberg und Düren lebten.

Im August 2019 lebten laut der NRW-Landesregierung im Kreis Düren insgesamt 36 „Reichsbürger“ bzw. Selbstverwalter. Sie wohnten demnach in Aldenhoven (2), Düren (5), Hürtgenwald (1), Inden (2), Jülich (7), Kreuzau (2), Langerwehe (6), Linnich (3), Nideggen (1), Niederzier (2), Nörvenich (2), Titz (1) und Vettweiß (2). Zu einem SEK-Einsatz gegen einen Neonazi und „Reichsbürger“ kam es Mitte Februar 2020 in Langerwehe. Der junge Mann hatte zuvor auf Facebook Fotos von Waffen gepostet, zudem Bilder auf denen er mit Waffen posierte nebst der Losung: „Unser Motto lautet töten!“ Offenbar handelte es sich um Anschein- oder Schreckschusswaffen, denn die Polizei teilte gegenüber Pressevertretern mit, dass bei der Razzia keine scharfen Schusswaffen gefunden wurden.

Juristisch scheiterte Ende Oktober 2019 ein Mann am Verwaltungsgericht Aachen, der gegen seine Kündigung im Hochsicherheitsbereich der ehemaligen Kernforschungsanlage Jülich klagte. Entlassen worden war er, weil er sich über einen längeren Zeitraum wie ein „Reichsbürger“ verhalten hatte. Das Gericht stellte nicht fest, ob der Mann ein solcher gewesen sei oder immer noch sein könnte. Durch sein Verhalten zuvor sei er jedoch für seinen Tätigkeitsbereich tatsächlich nicht mehr tragbar, so die Kammer.

Angestellt war der Mann als Mitarbeiter der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN). Er war als Strahlenschutz- und Sicherheitsbeauftragter mit dem Rückbau des früheren Versuchsreaktors des Forschungszentrums Jülich befasst. Bis 2016 galt der Mann als zuverlässig, später allerdings kamen der JEN und dem zuständigen Ministerium Zweifel. Grund dafür waren Postings in den sozialen Netzwerken sowie zahlreiche Schreiben an Behörden und Ministerien zur Frage der Legitimität der Bundesrepublik. Postings und Briefe enthielten Inhalte und Argumentationsmuster aus der „Reichsbürger“-Bewegung. Zudem hatte der Mann beim Kreis Düren einen „Staatsangehörigkeitsausweis“ beantragt.

Im Zuge der Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen fiel eine Frau aus dem Kreis Düren auf, die im Rollstuhl sitzt und als Rednerin bei verschiedenen Versammlungen im Rheinland auftrat. Sowohl in Reden, aber auch via Internet verbreitete sie verschwörungsideologische Inhalte von QAnon und „Reichsbürgern“. Im offiziellen Chat von „Querdenken 242“ fungierte die Frau zeitweise als Admina, ebenso gehörte sie zeitweise zum Führungstrio der Gruppe. Im Chat teilte die Frau im Januar 2021 mit, Deutschland sei „eine Firma“ alias „BRD Finanzagentur GmbH“. Man werde „juristisch [als] Person“ und nicht „als Mensch“ behandelt. Sie bezichtigte im Chat und in Reden die Jesuiten und den Papst „Satanisten“ zu sein und mittels Verschwörung die Welt zu regieren. Zudem wurden geschichtsrevisionistische Inhalte verbreitet. So setzte die querschnittsgelähmte Frau im Februar 2021 die Bombardierung Dresdens 1945 mit „Giftspritzen“ (Impfungen) gleich. Beides sei Teil eines Krieges gegen das deutsche Volk. Man müsse „zusammen gegen [die] Impfdiktatur“ in den neuen KZ kämpfen. Nach einem internen Streit stellte die Frau Mitte 2021 ihre Aktivitäten für „Querdenken 242“ ein, blieb gleichwohl in anderen Bereichen der verschwörungsideologischen Szene aktiv.

Als Redner und Anmelder von Versammlungen im Rheinland (u.a. Köln, Düsseldorf) trat und tritt auch Dieter B. aus dem Raum Aachen/Düren in Erscheinung. B. war bis zum Spätsommer 2020 noch der Kopf der NRW-Abordnung der rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Splittergruppe „Patriotic Opposition Europe“. Unterdessen tritt er als Kopf von „Klartext 20/21“ auf. Diese Splittergruppe gilt als Sammelbecken für zuvor irrlichternde Einzelprotagonisten aus der Szene der Rechtsextremen, „Reichsbürger“ und fremdenfeindlicher „Wutbürger“ aus dem Raum Aachen/Düren, Düsseldorf und Duisburg. B. und „Klartext 20/21“ radikalisierten sich stark und verbreiten 2021 auch Inhalte aus der Szene von QAnon und antisemitische Hetze.

Im Frühjahr 2020 wurde bekannt dass ein Rapper aus Düren sich an einem Musikprojekt des bundesweit bekannten, rechtsextremen Rappers „Chris Ares“ (Künstlernamen) beteiligte. Die Musik firmierte unter dem Label „Neuer Deutscher Standard“ (NDS) und steht der rechtsextremen, völkischen „Identitären Bewegung“ (IB) nahe. Ein Musiker aus Wesel namens „Prototyp“, „Chris Ares“ und der Dürener „Primus“ firmierten fortan als Trio und veröffentlichten einige in der Szene viel beachtete Songs und Videos. Nachdem „Chris Ares“ im Spätsommer 2020 das Ende seiner Karriere und der politischen Aktivitäten

verkündet, teilten „Prototyp“ und „Primus“ mit, sie würden das NDS-Projekt alleine fortführen. Lebensmittelpunkt und Wirkungsstätte der Musiker ist unterdessen Bautzen.

Ein Rapper aus Jülich (u.a. aktiv bei „J-Town TV“/„Shivas Tanzkapelle“) und ein arabisch singender Musiker aus Stuttgart („Kane Maximus“) haben im März 2021 eine verschwörungsideologische, antisemitische und anti-antifaschistische Glorifizierung des zu diesem Zeitpunkt mit Haftbefehl gesuchten und untergetauchten Antisemiten und „Reichsbürgers“ Attila Hildmann veröffentlicht. Für diesen Song nannte sich das Duo „Islamistisch-arische Union“ bzw. später nur noch „Islamisch-Arische Union“. Zeichen des Duos ist die völkische, aus der NS-Zeit bekannte Odal-Rune. Der Rapper aus Jülich war zuvor schon aufgefallen, weil er in seinen Songs und Videos verschwörungsideologische Inhalte verbreitete. Ostern 2021 publizierte das Duo ein Lied im Rahmen der „Volkskraftwochen“-Kampagne des rechtsextremen Aktivisten „Volkslehrer“ aus Berlin.

Aufmärsche / Aktionen / Übergriffe

Die extrem rechten Organisationen im Kreis Düren zeichneten sich durch die Durchführung zahlreicher Veranstaltungen aus. Nicht nur politische Schulungen wurden durchgeführt. So gehörten beispielsweise „Sonnenwendfeiern“, „Erntedankfeste“, „Führer-Geburtstage“, „Heldengedenken“, aber auch Konzerte oder die Ausrichtung des landesweiten „Leistungsmarsches“ zum extrem rechten Veranstaltungskalender im Raum Düren. 2010 mietete man regulär einen Fußballplatz in Jülich an und richtete ein „Nationales Fußballturnier Rheinland“ mit rund 15 Mannschaften aus. Die Teams waren überwiegend von Mitgliedern der verschiedenen NPD-Verbände und Neonazi-Gruppen aus dem Rheinland gebildet worden.

Überregional bekannte Größen der extremen Rechten wurden regelmäßig zu Veranstaltungen vor Ort eingeladen. Im März 2008 war der damalige Bundesvorsitzende der NPD, Udo Voigt, für einen Vortrag eingeladen. Im selben Jahr fand eine Veranstaltung mit dem extrem rechten Historiker Olaf Rose und dem ehemaligen Pfleger von Rudolf Heß, Abdallah Melaouhi, statt, bei der Heß gewürdigt wurde. Über Jahre wurden Veranstaltungen zu Ehren Albert Leo Schlageters organisiert, der 1923 als Aktivist der noch jungen nationalsozialistischen Bewegung hingerichtet worden war. Als Redner traten dabei u.a. Axel Reitz, Sven Skoda und das damalige NPD-Bundesvorstandsmitglied Jürgen Rieger auf.

Neben diesen nach innen gerichteten und meist konspirativ durchgeführten Veranstaltungen fanden mehrere Aufmärsche und Mahnwachen im Kreis Düren statt. Am 25. August 2012 – zwei Tage nach dem Verbot der KAL – hielten etwa rund 35 Neonazis eine antisemitisch geprägte Kundgebung in Düren ab, um für einen sogenannten „Nationalen Antikriegstag“ in Dortmund zu werben. Als Moderator und Anmelder der Kundgebung fungierte der ehemalige KAL-„Kameradschaftsführer“ Laube, der bei dieser Gelegenheit in Richtung des damaligen Innenministers Jäger auch die Losung ausgab: „Trotz Verbot sind wir nicht tot!“ Auch ein ehemaliges KAL-Mitglied aus Aachen sprach zu den „Kameraden“ und behauptete, die Alliierten hätten Deutschland in den Zweiten Weltkrieg „getrieben“, insbesondere aber „das jüdische Volk“ habe damals Deutschland „den Krieg erklärt“, und zwar aus „Geldinteressen“.

Vertreter/innen rechtsextremer Parteien und Gruppierungen intensivierten im zweiten Halbjahr 2015 angesichts des Themas Asyl ihre rassistischen und asylfeindlichen Aktivitäten. So kam es zu mehreren provokativen Besuchen von Infoabenden über die Neueinrichtung von Asylunterkünften in verschiedenen Kommunen, was zuweilen größere Polizeieinsätze nach sich zog. Im August 2015 versuchten Unbekannte in Düren, an der Baustelle eines leer stehenden Hauses das schon fertige Dach in Brand zu setzen; das Haus sollte später als Unterkunft dienen. Mitte 2016 beleidigte ein polnisch stämmiger, alkoholisierte Mann in Düren einen Passanten vor einer Moschee als „Scheiß Nigger!“ und hielt ihm eine Paintball-Waffe an den Kopf. Mitte 2016 mobilisierten Anwohner/innen und Bürger/innen in Düren-Lendersdorf gegen die geplante Errichtung von Wohnmodulen für Flüchtlinge u.a. an der örtlichen Grundschule. Es kam zu Protestkundgebungen und Unterschriftenaktionen. Im Dezember 2016 entdeckte ein Anwohner am

Bauzaun der erst im Februar 2017 bezugsfertigen Unterkunft ein Betttuch mit der Aufschrift „DN-Lendersdorf hasst Euch, Scheiss-Refugees“, inklusive der Verwendung von SS-Runen.

Am 8. November 2015 demonstrierten in Linnich rund 150, zeitweise bis zu 200 Rechtsextremisten, Hooligans und zu einem geringen Teil auch Anwohner/innen gegen die „Asyl-Invasion“. Angemeldet worden war die Aktion von Willi M. (Linnich). Neben ihm gehörten dem Organisationsteam der damalige Chef des NPD-Kreisverbandes Mönchengladbach, Christian Remberg (Erkelenz) sowie „Ricky Keule“ (Kreis Düren) an. Letztgenannter ist ein rechtsgerichteter Hooligan, der im Marketing, Verkauf und der Tourbegleitung der Bremer Hooligan-Band „Kategorie C“ (KC) arbeitet.

Zu Beginn hatte das Trio, das auch ein Facebook-Profil unter dem Label „Bürger stehen auf“ nutzt(e), versucht, den rechtsextremen Hintergrund der Veranstaltung aus taktischen Gründen zu verheimlichen. Unter den Teilnehmer/innen des Aufmarsches waren an jenem Sonntag ehemalige Mitglieder der verbotenen „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL), heute in der neonazistischen Kleinstpartei Die Rechte (DR) organisiert. Zudem waren Vertreter/innen aus dem Spektrum der „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) vor Ort, von „Pegida NRW“ sowie Vertreter/innen der NPD. Zu den Rednern gehörten Dominik Roeseler, damals stellvertretender Vorsitzender von pro NRW, der Düsseldorfer Szenenanwalt Björn Clemens sowie Michael Diendorf von „Pegida NRW“.

Erneut folgten am 26. Juni 2016 in Linnich rund 60 Rechtsextremisten und Hooligans einem Aufruf der „Bürger stehen auf“. An diesem Sonntag gehörten die NPD-Politikerinnen Ricarda Riefling (Rheinland-Pfalz) und Jacky Süßdorf (Saarland) zu den Redner/innen. Aus Ostdeutschland angereist war der damalige sächsische Landeschef der Neonazi-Partei DR und Mitwirkende bei „Thügida“- und „Legida“-Aufzügen Alexander Kurth. Der Neonazi nannte Bundeskanzlerin Merkel eine „vollkommene Irre“ und Vize-Kanzler Gabriel einen „verhinderten Sonderschüler“. Von Revolutionsphantasien beseelt diffamierte Kurth in einer zweiten Rede die Mitglieder des Bundestages als „politische Inzucht in dieser Laberbude“. Sollte der „Volkszorn“ dereinst an die Tür des Bundeskanzleramtes klopfen, dann gebe es nur eines: „Knüppel aus dem Sack, aufs Lumpenpack!“

Auch in Düren fanden im Januar und Februar 2016 Demonstrationen statt, die auf das Engagement rechtsextremer Russlanddeutscher zurück gehen und sich gegen Asylsuchende beziehungsweise Migranten richteten, die angeblich kriminell seien oder Frauen und Mädchen sexuell belästigen und vergewaltigten. Anlass für die bundesweite Mobilisierung aus jenen Kreisen war die von russischen Medien und Politikern sowie rechtsradikalen bis neonazistischen Kreisen in Deutschland verbreitete Falschmeldung, dass ein Mädchen russlanddeutscher Abstammung in Berlin von Migranten respektive Asylsuchenden entführt und vergewaltigt worden sein sollte. Später stellte sich heraus, dass die 13-Jährige zum Zeitpunkt ihres Verschwindens wegen persönlicher und schulischer Probleme nur bei einem Bekannten „Unterschlupf“ (Martin Steltner, Sprecher der Staatsanwaltschaft Berlin) gesucht und gefunden hatte. Die Demonstrationen in Düren fanden am 24. Januar mit angeblich 150 Personen sowie am 13. Februar mit bis zu 60 Teilnehmer/innen statt, darunter auch Neonazis und NPD-Vertreter/innen. Organisiert wurden die Aktionen unter anderem von Johann Thießen aus Hürtgenwald, Chef der Miniaturpartei „Arminius-Bund“.

Mitte 2009 verwüsteten im Vorfeld eines antirassistischen Fußball-Freundschaftsspiels der U19 von Alemannia Aachen und der U21 des griechischen Clubs PAOK Thessaloniki Unbekannte den Sportplatz in Düren-Merken. Sie gruben das Kürzel KAL und in der Mitte des Fußballplatzes ein etwa 1,50 mal 1,50 Meter großes Hakenkreuz in den Rasen. In beiden Strafräumen des Fußballplatzes waren massenhaft Glasscherben verstreut und teilweise in den Boden getreten worden, so dass sie auch spitz emporragten.

Seit Herbst 2012 kam es in der Gemeinde Aldenhoven vermehrt zu neonazistischen Aktionen, darunter Sachbeschädigungen oder Schändungen von Mahnmalen bzw. Gedenktafeln. So rissen Unbekannte mehrmals eine kleine Gedenktafel ab, die an ein Jüdisches Gebetshaus erinnern soll. Zudem kam es zu rechten Aufkleber- und Schmieraktionen gegen die Tafel oder in deren Umfeld. Im November 2012 stürzte

ein Neonazi einen Gedenkmarsch anlässlich der Pogromnacht. Im März und April 2013 wurde die Evangelische Kirche – Sitz des Aldenhovener „Bündnisses gegen Rechts“ – beschmiert, zudem wurden Fenster eingeworfen.

Im März 2013 wurde in Aldenhoven auch eine Stele, die an die Verfolgung der Jüdinnen und Juden erinnert – wie schon rund zwei Jahre zuvor –, beschmiert. An oder im Umfeld von Häusern und Geschäften von Nazigegnern und Migrant/innen kam es zu Schmier- und Aufkleber-Aktionen. Ende September 2013 nahm dann die Polizei denselben Neonazi aus Aldenhoven auf frischer Tat fest, der schon das Gedenken im November 2012 gestört hatte. Diesmal hatte er an mehreren Gebäuden Parolen wie „Heimat oder Multikulti“, „Für Deutschland gegen Multikulti“ sowie „Heimat wählen“ gesprüht. Laut Polizei war es die gleiche Handschrift wie bei den Taten im Frühjahr.

Im Februar 2016 griffen Unbekannte den evangelischen Pfarrer in Aldenhoven an, der sich in verschiedenen Bündnissen gegen Rechts organisiert. Nachts klingelten eine oder mehrere Personen, sprühten dem Pfarrer nach dem Öffnen Reizgas ins Gesicht und prügeln u.a. mit einem Schlagwerkzeug auf seinen Kopf ein. Die Verletzungen des Pfarrers mussten im Krankenhaus behandelt werden. Unklar ist, wer der oder die Täter waren, allerdings hatte der Pfarrer sich im zeitlichen Umfeld der Tat gegen rassistische Parolen in sozialen Netzwerken gewehrt und Personen, die diese dort verbreitet hatten, hatten mehrfach geäußert, man werde ihn besuchen und ihm Gewalt antun.

Unbekannte beschmierten Mitte Januar 2021 erneut (s.o.) in Aldenhoven eine Gedenkstele mit gelber Farbe, die an die jüdischen Opfer im Nationalsozialismus erinnert. Anfang Februar beklebten Unbekannte das Haus und den Briefkasten eines Sozialdemokraten und Mitglieds des Gemeinderates Aldenhoven mit rechtsextremen Aufklebern und Parolen. Der SPD-Mann engagierte sich zudem seit Jahren im Bündnis gegen Rechts Aldenhoven.

In Düren wurde am Pfingstwochenende 2013 großflächig der Eingangsbereich einer islamischen Gemeinde beschmiert. In der Nacht von Samstag auf Sonntag (19. Mai) schmierten Unbekannte die Parole: „NSU lebt weiter und ihr werdet die nächsten Opfer sein!!!“ Öffentlich machten diese Morddrohung zuerst nur islamische Verbände, nicht die örtliche Polizei. In der Innenstadt von Jülich kam es im Frühjahr und Sommer 2014 zu umfangreichen Sprühaktionen mit neonazistischen oder rassistischen Parolen und Hakenkreuzen, ein Teil davon war mit dem Schriftzug oder Kürzel der „Nationalen Sozialisten Jülich“, „NSJ“, unterzeichnet (s.o.). Ziel der Sprühaktionen war auch die Außenmauer des jüdischen Friedhofes. Für Irritationen sorgte, dass das Kürzel NSJ sich wegen des offenbar hektischen Sprühens vereinzelt als NSU las. In den Jahren 2012 und 2013 haben Ermittler bei Rechtsextremisten in Jülich zudem in drei Fällen Explosivstoffe bzw. Sprengvorrichtungen gefunden und beschlagnahmt.

Ein Polizeieinsatz wegen Ruhestörung beendete im April 2015 die Feierlaune des ehemaligen KAL-Kopfes Laube, der in seinem Haus in Vettweiß-Kelz seinen 35. Geburtstag mit Neonazis, Hooligans und anderen Gästen feiern wollte. Weder Laube noch die Gäste hätten laut Polizei Einsicht gezeigt, manche der Neonazis sollen sogar die Beamten bedroht haben. Laube selbst landete am Ende seiner eigenen Geburtstagsparty in einer Zelle. Die Behörden leiteten gegen den früheren „Kameradschaftsführer“ eine Ordnungswidrigkeitenanzeige wegen Ruhestörung und ein Strafverfahren wegen Widerstandes gegen Polizeibeamte ein.

Anfang September 2019 soll im Kreis Düren eine konspirativ organisierte „Malle-Party“ stattgefunden haben. Auf einer zuvor virtuell verbreiteten Einladung gaben sich der Kreisverband Aachen-Heinsberg der neonazistischen Miniaturpartei Die Rechte (DR) sowie „Syndikat 52“ (S52) als Veranstalter zu erkennen. Die kleine Feier mit rund 25 Besuchern war die Neuauflage einer „Ballermann-Party“, die DR und S52 schon 2017 in Hückelhoven abgehalten hatten.

In verschiedenen Gemeinden im Kreis Düren kam es sporadisch zu Vorfällen, an denen so genannte Mischszenen beteiligt waren. Gerade im ländlichen Raum existieren oftmals Cliquen, in denen sowohl (extrem) rechte, als auch unpolitische oder nicht-rechte Menschen anzutreffen sind. Auffällig im Rahmen jener Mischszenen oder Mischcliquen waren zeitweise auch Mai-Gruppen oder „Mai-Logen“, deren Aktivitäten durch überwiegend männliche Jugendliche geprägt waren. Rechte und rassistische Vorfälle wurden hierbei etwa bekannt von Gruppen aus Kreuzau und Merzenich. An Silvester 2016 zogen gegen 23 Uhr junge Leute durch den Dürener Stadtteil Gürzenich und skandierten volksverhetzende, ausländerfeindliche Parolen. Im Februar 2018 kam es im Stadtteil Birkesdorf zu Schmierereien von Nazisymbolen.

In der Gemeinde Niederzier kam es in den ersten Monaten des Jahres 2019 zu massiven Schmierereien, Sprüh- und Aufkleberaktionen durch Neonazis in verschiedenen Ortsteilen. Neben Hakenkreuzen und geschmierten Hakenkreuz-Fahnen, durchgestrichenen Davidsternen („Judensternen“) wurden zudem Losungen hinterlassen, die die NSDAP glorifizierten und das Ende des Verbotes der NSDAP forderten. Hinzu kamen offen judenfeindliche Parolen und die verbotene NS-Losung „Deutschland erwache!“. Zudem wurden zeitweise massiv Aufkleber verklebt, u.a. solche die im Umfeld der Partei Die Rechte (DR) über einen Versandhandel angeboten wurden sowie vereinzelt auch Motive der Neonazi-Gruppe „Syndikat 52“ (S52). Der Staatsschutz ermittelte später zwei seinerzeit 18-jährige Tatverdächtige aus Niederzier. Sporadisch kam es im Ort auch 2020 zu Aufkleber- und Sprühaktionen, im Kommunalwahlkampf auch gegen Plakate von SPD, Bündnis-Grüne und Die Linke.

Dass Wahlplakate zerstört, beschädigt oder beschmiert werden, gehört seit Jahren zu den negativen Begleiterscheinungen von Wahlkämpfen. Laut Lokalpresse und örtlicher Beobachter trat das Phänomen, dass Plakate der Parteien im Kreis Düren auch durch rechtsradikale Schmierereien massiv beschädigt wurden, jedoch im Rahmen des Bundestagswahlkampfes 2017 stärker als zuvor auf. CDU-Geschäftsführer Bernd Ramakers stellte dazu gegenüber der Lokalzeitung fest, dass „wenn auf einem Plakat mit der Bundeskanzlerin steht ‚Merkel entsorgen‘, dann passt das genau zu der Sprache, wie sie auch bei Parteiveranstaltungen der AfD zu hören ist.“

Das Landgericht Aachen sprach im August 2017 einen ehemaligen Polizisten (nun im Vorruhestand) aus Jülich vom Vorwurf der Volksverhetzung frei. Er hatte 2015 via Facebook die Grünen-Politikerin Renate Künast beleidigt und in einem ironischen bzw. sarkastischen Schreibstil auf dem Profil einer noch im Polizeidienst aktiven, früheren Kollegin aus Stolberg über die Brandlegung in einem Asylbewerberheim fabuliert. Das Gericht wertet die Beiträge zwar als geschmacklos und grenzwertig, aber noch von der Meinungsfreiheit gedeckt.

Im November 2017 verwarf das Landgericht Aachen die Berufung eines AfD-Sympathisanten aus Düren, der erstinstanzlich wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten verurteilt worden war. Das Amtsgericht Düren hatte den Mann verurteilt, weil er Anfang März 2016 auf Facebook ein Video sinngemäß mit den Worten „Knallt das Drecksschwein ab“ kommentiert haben soll. Auf dem Video sollen ein oder mehrere Flüchtlinge zu sehen gewesen sein, die angeblich im Februar 2016 in Paris Polizisten bedrängt oder angegriffen hätten. Der Dürener war deswegen am Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 1.000 Euro verurteilt worden. Diese Verurteilung aus erster Instanz bestätigte das Landgericht. Der Dürener war sporadisch zuvor auch durch heftige Kommentare auf der Facebook-Seite der AfD sowie auf seinem eigenen Profil im sozialen Netzwerk aufgefallen. Der AfD-Sympathisant und -Unterstützer war im März 2018 nach eigenen Angaben erneut am Amtsgericht Düren „zu einer hohen Geldstrafe verurteilt“ worden. Das Landgericht Aachen bestätigte jene Verurteilung wegen Volksverhetzung in Zweiter Instanz im September 2018, allerdings wurde die Strafe von 4.200 Euro aus Erster Instanz auf 2.700 Euro reduziert. Der Dürener hatte zuvor Flüchtlinge als „Dreck“ bezeichnet.

Am 6. November 2017 schrieb eine Frührentnerin aus Jülich in der rechten Facebook-Gruppe in einer Debatte darüber, ob es den Holocaust gegeben habe, sinngemäß: Was in den Geschichtsbüchern stehe,

könne nicht stimmen. Sie beschäftige sich seit Jahren mit dem Thema, schrieb sie weiter, und wies auf ein Video hin, in dem sogar „ein Jude“ Adolf Hitler verteidige. Hinzu kam ihre Ergänzung, „die Amis“ seien es gewesen. Gegen einen späteren Strafbefehl wegen Volksverhetzung legte die Frau ohne juristischen Beistand höchstselbst Widerspruch ein. Das Amtsgericht sprach sie im Juni 2019 frei. Im Verlauf eines Berufungsprozesses am Landgericht Aachen zog die Staatsanwaltschaft im Frühjahr 2020 ihre Berufung jedoch wieder zurück, nachdem ein Gutachten der Frau mögliche Schuldunfähigkeit wegen der Einnahme von Psychopharmaka zur Tatzeit attestierte. Der Freispruch aus erster Instanz wurde somit rechtskräftig.

Seit mehreren Jahren publiziert ein aus Linnich stammender Historiker in Medien und Verlagen der extremen Rechten. Bei Kongressen oder Tagungen aus diesem politischen Spektrum tritt er ebenso als Referent in Erscheinung. Waren die von dem Historiker dabei anfangs behandelten Themen nicht spezifisch solche, die Inhalte und klassische historische Themen aus dem rechten Spektrum transportierten, änderte sich das zuletzt zuweilen. So bezeichnete er in der im Oktober 2019 erschienene „Neuen Aula“ (Österreich) in einem Artikel mit dem Titel „Hauptsache Widerstand“ das gegenwärtige Deutschland als „Herrschaft des Unrechts“. Angeblich empfänden immer mehr Bundesbürger das Deutschland unter Kanzlerin Merkel – eine „sinnfrei salbadernde Pastorentochter“ – als „unmenschlich“.

In München begann im Frühjahr 2016 der Prozess gegen die mutmaßlich rechtsterroristische „Oldschool Society“ (OSS). Angeklagt war auch ein Neonazi der bis 2010 in Düren lebte und zu jener Zeit in der NPD sowie der unterdessen verbotenen KAL aktiv war, u.a. im „Ordnerdienst“. Markus W. trat 2009 für die NPD auch als Kandidat zu den Kommunalwahlen an. Der zu Prozessbeginn 40-Jährige lebte ab 2010 im sächsischen Borna und sollte laut Anklage als OSS-Vizepräsident fungiert haben. Im März 2017 sah es das Gericht als erwiesen an, dass die insgesamt vier Angeklagten eine terroristische Vereinigung gebildet hatten, die u.a. Anschläge auf Flüchtlinge planten. Markus W. wurde als einer der Rädelsführer zu fünf Jahren Haft verurteilt. Das Urteil wurde Ende 2017 rechtskräftig.

In Langerwehe ist ein Versandhandel ansässig, der mit Accessoires wie T-Shirts und Aufkleber für Militaria-Fans handelt, darunter auch solche, die die Wehrmacht glorifizieren und für Kunden aus der geschichtsrevisionistischen bis rechtsextremen Szene interessant sein dürften. Der Versandhandel wird offenbar weniger aus politisch-ideologischen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen betrieben und bietet auch Militaria-Utensilien zu verschiedenen Armeen weltweit an. Jedoch hatte der Betreiber des Versandhandels sowohl familiär, als auch privat bis vor rund 15 Jahren noch enge Kontakte in die rechtsextreme Szene.

Jahrelang nutzten rechte Gruppen (KAL, NPD, „Identitäre Bewegung“) die Soldatenfriedhöfe in Vossenack und Hürtgen im Frühjahr oder rund um den Volkstrauertag als Aufmarschgebiet für ihre „Heldengedenken“ bzw. dem Niederlegen von Kränzen. Teilweise nahmen Vertreter/innen von NPD und Neonazis auch am Volkstrauertag-Gedenken des „Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge“ (VdK) teil. In direkter Nachbarschaft zur Kriegsgräberstätte in Vossenack befindet sich ein Denkmal der deutschen „Windhund-Division“. Fanden auf diesem Areal vor vielen Jahren noch Gedenkveranstaltungen der Angehörigen besagter Division statt, führt aktuell ein Förderverein das jährliche Gedenken im Herbst fort.

Beobachter/innen zufolge deutete sich dabei zwischenzeitlich ein Rechtsdrall ab, etwa in den Redebeiträgen, die von den Inhalten her an die „Pegida“-Bewegung erinnerten. Im Herbst 2017 distanzierte man sich bei einer solchen Gedenkfeier laut Lokalpresse allerdings „in aller Deutlichkeit von extremistischem Gedankengut“. Ein laufender Veränderungsprozess im Rahmen des Gedenkens und der geschichtlichen Aufarbeitung sei noch nicht abgeschlossen, hieß es ferner. Im Juli 2019 fiel in Hürtgenwald-Gey mehrfach ein PKW auf mit einem Aufkleber der „Windhund-Division“ und einem solchen mit dem Abzeichen der SS-Division „Totenkopf“, die später umbenannt wurde in „SS-Panzergrenadier-Division Totenkopf“.

Rund zehn Vertreter aus dem rechtsradikalen, rassistischen und verschwörungsgläubigen sowie AfD-nahen Spektrum haben an Aschermittwoch 2020 in Düren gegen eine Mahnwache für die Opfer der rassistischen Morde in Hanau demonstriert. Bundesweit war eine solche, offiziell bei den Behörden angemeldete Aktion aus dem rechten Spektrum in direkter Gegnerschaft zu einer Mahnwache für diese Toten offenbar einzigartig. Redner der „Gegen-Mahnwache“ äußerten Zweifel an dem rassistischen Einzeltäter und verbreiteten Verschwörungstheorien.

Mehrere Wissenschaftler/innen aus China, die im Frühjahr 2020 am Forschungszentrum Jülich tätig waren, berichten im Zuge der Ausbreitung des Coronavirus von Anfeindungen, die sie auf Zugfahrten zwischen Aachen und Jülich sowie im Ort selbst erlebt hätten. Fremde hatten sie demnach beschimpft und angepöbelt, ihnen den Mittelfinger gezeigt oder sie demonstrativ angehustet. Mit Gesten und Worten soll man ihnen auch zu verstehen gegeben haben, dass sie Schuld am Ausbruch der neuen Lungenkrankheit seien.

Im Zuge der Corona-Pandemie und strenger Hygiene-Auflagen kam es Anfang 2021 während des Lockdowns zu einer Debatte um die Einhaltung der Schutzmaßnahmen in der Dürener Ditib-Moschee. Dort war es im Januar zu Verstößen gekommen und im Zuge der Ausweitung insbesondere der britischen Corona-Mutante wurden mehrere Moscheen kurzzeitig geschlossen. Rassist/innen nutzten das für Hetze gegen Muslime und Menschen mit türkischer oder arabischer Zuwanderungsgeschichte. Landrat Wolfgang Spelthahn und Dezernentin Sybille Haußmann stellten Wochen später in einem Schreiben fest: „Leider sind die Menschen muslimischen Glaubens in Stadt und Kreis Düren [derzeit] besonderen Angriffen und Beschimpfungen ausgesetzt.“

Traten in der Vergangenheit Neonazi-Gruppen und „Kameradschaften“ aus dem Rheinland bei Aufmärschen in ganz Deutschland gelegentlich mit eigenen Transparenten oder „Blöcken“ in Erscheinung, änderte sich dies im Jahre 2011. Bis zur Gründung der Partei „Die Rechte“ traten diese Gruppierungen bei Aufmärschen außerhalb des Rheinlandes nicht mehr als Einzelgruppen auf, sondern meist gemeinsam hinter einem „Rheinland“-Banner und teilweise in einheitlich weißem „Rheinland“-T-Shirt. Damit einhergegangen sein soll auch der interne Auf- und Ausbau der Vernetzung zwischen „Kameradschaften“, „Aktionsgruppen“ oder „Aktionsbüros“, Projekten und wichtigen Einzelpersonen aus dem Rheinland und vom Niederrhein.

Nach der Razzia gegen mutmaßliche Mitglieder und Unterstützer des „Aktionsbüros Mittelrhein“ (ABM), der Inhaftierung verschiedener Führungskader und dem Rückzug des (ehemaligen) Neonazis Axel Reitz aus Pulheim ist diese „Rheinland-Vernetzung“ indes ins Stocken geraten. Seit geraumer Zeit bilden allerdings Neonazis aus dem Rheinland bei größeren Aufmärschen außerhalb der Region sporadisch wieder einen kleinen „Rheinland-Block“. Bei einem Aufmarsch zu Ehren des ehemaligen Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß im August 2018 in Berlin fiel jener „Block“ – darunter auch Neonazis aus dem Dürener Raum – u.a. mit antisemitischen Parolen auf. So hat der „Rheinland-Block“ bei diesem Heß-Gedenkmarsch 2018 auch den Gesang angestimmt: „Wo man Juden deportiert, da ist das Rheinland, schalalalala...“